



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Becker, Wilhelm Martin: Der letzte Rheinbundminister

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der letzte Rheinbundminister

Von Professor Dr. Wilhelm Martin Becker



ie schnell wir doch heute politisch leben! Noch Bismarck konnte als seine Lebenserfahrung in deutschen Angelegenheiten nur das aussprechen, daß sich das Nationalgefühl als die stärkere Kraft erweise, wo es mit dem Partikularismus in Kampf gerate. Er hatte seine Erlebnisse mit dieser zähen, hartnäckigen Kraft gehabt.

Und wo ist der Partikularismus heute? Wenn wir uns prüfen, fühlen wir uns nur noch als Deutsche. Bedürfte es noch eines Beweises, daß die Epoche, da sich der Partikularismus gegen deutsches Wesen setzte, unwiderruflich ihr Ende gefunden hat, so wäre er heute erbracht, wo wir ohne Rücksicht auf territoriale Zugehörigkeit unser Deutschland und nicht unser Preußen, Bayern, Hessen und Braunschweig mit der Waffe verteidigen; wir können von Herzen lachen über die vom Feinde verbreiteten Märchen, wonach es zwischen preußischen und bayerischen Truppen Kämpfe gegeben hätte, oder der König von Sachsen gern Frieden schließen möchte, wenn er sich nicht vor den Preußen fürchtete. Auch das andere Bismarckwort ist heute im Begriffe überwunden zu werden: „Deutscher Patriotismus bedarf in der Regel, um tätig und wirksam zu werden, der Vermittlung dynastischer Anhänglichkeit.“ Dieses dynastische Gefühl, das ja im neuen Reich bei der unbedingten Loyalität aller Fürsten kein Partikularismus wäre, spielt heute eine weitaus geringere Rolle als früher; es wird von dem vaterländischen Gefühl überwogen.

Es ist in diesen Tagen für uns Daheimgebliebene, die wir, der Atemlosigkeit des täglichen Kampfes entrückt, vielleicht eher in der Lage sind, etwas vom Sinne dieses großen Geschehens zu ahnen, ein bedeutsamer Gedanke, daß die Wandlung des deutschen Menschen vom Partikularisten zum Reichsbürger das Werk weniger Jahrzehnte ist, ja daß der Partikularismus in krassen Formen noch in die Zeit des neuen Reiches hereingegriffen hat. Insbesondere aber beweisen die Veröffentlichungen der letzten Jahre über das, was der Gründung deutscher Einheit voranging, daß es sich um eine Kraft handelte, die nicht leicht zu überwinden, ja durch bloßen Kampf nicht zu beseitigen war, sondern deren nur die Zeit Herr werden konnte.

Wenn die heutige Generation fast mit Erstaunen dieser Erscheinung nachsinnt, die die älteren unter uns noch mit Augen gesehen haben, so wird man ihr doch Gerechtigkeit widerfahren lassen, indem man sie historisch begreift. Die partikularen Gewalten, vor der formellen Auflösung des alten Reichsverbandes schon jahrhundertlang die Träger jeglichen staatlichen Lebens im deutschen Volke, hatten sich nach den Stürmen der napoleonischen Zeit unter Garantie der europäischen Staatengesellschaft gefestigt, hatten durch die Annahme konstitutioneller Formen ihren Angehörigen an ihrem Wohlergehen Anteil und Verantwortlichkeit gegeben und ihre Sonderexistenz hierdurch im Bewußtsein ihrer Volksteile aufs tiefste verankert. Ihre Fürsten hatten die Pflicht eifriger Wahrung ihrer Selbständigkeit mit auf die Staatsbürger übertragen. So erscheint der deutsche Einzelstaat noch vor fünfzig Jahren als ein Wesen von lebhaftesten Sondertrieben, das ungehemmt durch das lockere Band der Bundesverfassung seine Situation grundsätzlich nur nach eigenen Maßstäben beurteilte, weil es in seiner Selbsterhaltung einen absoluten Wert sah. Freilich stand diese Auffassung in seltsamem Gegensatz zu der Kleinheit und der Gemengelage mancher Staatswesen, aber es scheint ja eine Eigenschaft des Deutschen im neunzehnten Jahrhundert zu sein, daß er auch in der Politik nicht nach gegebenen Verhältnissen und Kräften, sondern nach Prinzipien und Doktrinen die Lage und ihre Forderungen beurteilt. Schließlich kam man ja auch nicht umsonst von Hegel her und war imstande, die absolute Bedeutung des souveränen Staatsindividuums philosophisch zu begründen.

Dieser Summe von Staatseinheiten mußte die Forderung, sie durch eine höhere Einheit zu ersetzen, als schlechthin revolutionär erscheinen, ob nun die Menge der Untertanen sie aussprach oder ob einer der bestehenden Staaten selbst als ihr Träger hervortrat. Ja, der letztere war noch verhaßter, weil er an den gemeinsamen Interessen aller einzelnen Staaten Verrat zu üben schien; gemeinsam, weil durch den abstrakten Begriff Souveränität allen Angehörigen des deutschen Bundes eine gleichmäßige Stellung zugesprochen war.

Ein Staatsmann, der diesen Standpunkt unnachgiebig verfolgte, konnte für sich zwar nicht den Weitblick des großen Politikers, aber doch ein positives Recht geltend machen. Aber er setzte in seine Rechnung nicht die Tatsache ein, daß im deutschen Volke die Forderung nach nationaler Einheit übermächtig anwuchs, und daß Preußen im Begriff war, dieser Bewegung zum Ziele zu verhelfen, indem es überlebte positive Rechte auflöste. Oder wenn er diese Tatsache erwog, so konnte er sich doch verpflichtet fühlen, mit der in seinen Augen revolutionären Macht den Kampf aufzunehmen und seine Waffen herzunehmen, wo er sie auch finden mochte.

In dieser Lage gegenüber Preußens sieghaftem Vordringen unter Bismarcks Führung finden wir den heftigen Staatsminister Reinhard von Dalwigk. Er erscheint in dem Schauspiel der deutschen Einigung als ein Gegenspieler Bismarcks; sein zäher Haß gegen das Preukentum überdauerte die Ereignisse

von 1866 und 1870 und verstand aus den jeweiligen Verhältnissen das für seine Ziele Brauchbare herauszunehmen und zum Widerstand zu verwenden. Es ist bemerkenswert, daß sich Bismarck und Dalwigk schon sehr früh als absolute Gegner erkannt haben. Die Darmstädter Politik lenkte seit Dalwigks Amtsantritt im Jahre 1850 in preußenfeindliche Bahnen, und Bismarck, der hier die Hand eines rücksichtslosen Widersachers spürte, hat schon als Bundestagsgesandter in Frankfurt einen ersten Versuch gemacht, den unbequemen Minister, dem er Verlogenheit, Hinneigung zum Ultramontanismus und zur Rheinbundspolitik vorwarf, zu stürzen\*).

Vollends in den Jahren vor der Entscheidung zwischen Preußen und Österreich galt es für Dalwigk auf dem Posten zu sein, um die Selbständigkeit seines Staates und der süddeutschen Staaten insgesamt gegenüber der drohenden Gefahr von außen wie von innen zu verteidigen. Diese Aufgabe erschwerte sich nach der Niederlage von 1866, aber er gab die Hoffnung auf eine günstige Lösung nicht auf, auch Bismarcks mächtigem Widerstand gegenüber. Auf diese entscheidenden Jahre haben zwei Bücher neues Licht geworfen, die fast gleichzeitig, kurz vor dem Kriege, erschienen sind\*\*).

Dalwigk stand zunächst nicht allein; das gab seiner Sache von vornherein größere Sicherheit. Mehr oder weniger scharf ausgeprägt finden wir seine Gesinnung in den Kabinetten fast aller deutschen Mittelstaaten, die sich durch Preußens Aufschwung bedroht sahen, und die sich neben den beiden deutschen Großstaaten als das „dritte Deutschland“ zu fühlen begannen. Wie dieses dritte Deutschland, das für sich selbst zu stehen in der Krisis der deutschen Verhältnisse sich doch nicht stark genug fühlte, in seiner Selbständigkeit erhalten werden könne, war das Problem. Der Gedanke einer deutschen Trias, worin die vereinigten süddeutschen Staaten jeder der Großmächte die Wage halten könnten, tritt auf; und gegen Preußen besonders richtete sich der Plan der sogenannten Würzburger Denkschrift (1861), der die dynastischen Interessen gegen nationale Institutionen mit preußischer Spitze schützen wollte. Wenn

\*) Den hier in Betracht kommenden „Fall Caniz“ hat neuerdings J. R. Dieterich auf Grund der hessischen Staatsakten untersucht, vergleiche Quartalblätter des Historischen Vereins für das Großherzogtum Hessen, neue Folge, Band V, Seite 221 bis 224.

\*\*) Ernst Götz, Die Stellung Hessen-Darmstadts zur deutschen Einigungsfrage in den Jahren 1866 bis 1871, Straßburger Dissertation, Darmstadt 1914. — Ernst Vogt, Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung (1863 bis 1871), (Historische Bibliothek, Band 84), München und Berlin 1914 (Oldenbourg). Während Götz, der auf die gedruckten Quellen angewiesen war, durch glückliche Benutzung der Zeitungsliteratur die Beziehungen Dalwigks zur öffentlichen Meinung in den Vordergrund stellt, wie überhaupt die Stärke der Schrift im Innerpolitischen zu suchen ist, hat Vogt schriftliche Äußerungen Dalwigks an Heinrich von Gagern, damals hessischen Gesandten in Wien, verwerten können, wodurch die äußere Politik Hessens in vielen Punkten klarer dargestellt werden konnte. Eine abschließende Darstellung wird freilich erst möglich sein, wenn das hessische Staatsarchiv und das Dalwigksche Familienarchiv ihre Pforten auf tun.

diese Männer des dritten Deutschlands schon in der Zeit, da in Preußen König Wilhelm den Thron bestieg, in ihre Zukunftspläne die Anlehnung an Frankreich verwoben, so trat hier eine nie ganz erloschene Tradition wieder hervor, nach der man von Frankreich, dem Urheber der süddeutschen Territorialstaatsgebilde, nichts zu fürchten habe, vielmehr dort seinen natürlichen Beschützer sehen müsse. Der andere Punkt, nach dem die süddeutsche und besonders die hessische Politik gravitierte, war Österreich, das als natürlicher Rivale Preußens und als Träger der kaiserlichen Tradition Anspruch auf Autorität in Süddeutschland hatte. So finden wir 1866 Dalwigk mit ganzer Seele auf der Seite Österreichs. Die Ereignisse dieses Jahres bedeuten die erste große Niederlage der Dalwigkschen Politik.

Die Stellung des Ministers war damit nicht erschüttert. Großherzog Ludwig der Dritte hat, soviel wir wissen, in allen wesentlichen Punkten seine Ansichten geteilt, seine Maßnahmen gutgeheißen. Aber natürlich vollzog sich gerade dadurch die Neuorientierung der hessischen Politik nach dem Kriege nicht ohne große Schwierigkeiten. Man kann sagen, daß die Lage Hessens geradezu nach einer Entscheidung im Sinne eines engen Anschlusses an Preußen rief. Hessen war nicht nur im Friedensschluß um ein beträchtliches Stück geschmälert, es war auch weiterhin politisch halbiert worden; sein nördlicher Teil, Oberhessen, hatte dem Norddeutschen Bund beitreten müssen, während der südliche ihm nicht angehörte. Dieses unnatürliche Verhältnis war zum Teil durch die Rücksichtnahme Bismarcks auf Frankreich hervorgerufen, dem ein Übergreifen der preussischen Einflußsphäre auf die Länder südlich des Maines unerträglich schien. Dalwigk, der sich anfangs in Nikolsburg gegen diese Regelung gesträubt hatte, nahm das Gegebene hin und suchte daraus eine Waffe zu schmieden, mit der er Preußen beunruhigte. Denn während Hessen mit seiner norddeutschen Hälfte der Berliner Politik sich unterordnen mußte, glaubte sich Dalwigk berechtigt, daneben eine unabhängige europäische Politik auch gegen Preußens Interessen zu treiben.

Das konnte er natürlich nur, wenn er im eigenen Lande Stützen für sein Vorgehen fand. Hinter ihm stand sein Landesherr, dessen großdeutsche, anti-preussische Gesinnung bekannt war. Einen sicheren Rückhalt bildete auch der größte Teil der Ersten Kammer, wo neben den Standesherrn der Vertreter des Mainzer Bischofs für Dalwigks Politik eintrat, seitdem dieser durch die vielbefehdete Mainz-Darmstädter Konvention den Wünschen Emanuel von Kettlers weit entgegengekommen war. Aber auch in der Zweiten Kammer bestand eine ansehnliche Regierungspartei, die sogenannten Liberal-Konservativen, größtenteils Beamte; freilich war sie vor 1866 noch nicht stark genug gewesen, um der Regierung eine sichere Stütze zu bieten. Dies wurde erst durch die Ungeschicklichkeit des Führers der oppositionellen Fortschrittspartei möglich, der zwar aufs schärfste gegen die Bismarcksche Politik aufgetreten war, aber auch das Zusammengehen mit Österreich abgelehnt und, um Dalwigk kein Vertrauens-

notum zu geben, die Kriegskreditvorlage zu Falle gebracht hatte. Diese Ziellosigkeit hatte zur Folge, daß nach dem Kriege der linke Flügel der Fortschrittler sich löste und die demokratische Volkspartei bildete, während der rechte sein kleindeutsches Herz entdeckte und in die Bahnen des Nationalvereins einlenkte. Der Gegensatz gegen Bismarck vereinigte die konservativen und die demokratischen Partikularisten so enge, daß ihr Bund dem Minister für seine antipreußische Politik den erforderlichen Rückhalt bot, und daß das Darmstädter Demokratenblatt eine Zeit lang regierungsoppositio<sup>n</sup> genannt werden durfte.

Aus der Stellung der hessischen Regierung zu den Zielen der preußischen Politik ergab sich von selbst, daß Dalwigk darüber wachte, daß dem Zollparlament keine Erweiterung seiner Kompetenzen zugestimmt wurde. Einen Vorstoß in das Gebiet der selbständigen Europapolitik bedeutet es und gleichzeitig eine Brückierung der Bundesleitung, wenn der hessische Minister 1867 ohne Verständigung mit Berlin die Einladung Frankreichs zu einer internationalen Konferenz wegen der römischen Frage annahm. Die daran anschließende Preßfehde der offiziellen Organe machte die weitesten Kreise auf die Hartnäckigkeit aufmerksam, mit der sich gerade die Regierung gegen den völligen Anschluß an den Bund sträubte, bei der man am ehesten die Neigung zum Beitritt hätte voraussetzen müssen.

Denn diese Frage beherrschte naturgemäß die politische Erörterung in den Jahren nach dem Kriege. Dalwigk sah in dem Bund ein Vasallenverhältnis. „Ich kann mich nun einmal für den Norddeutschen Bund nicht begeistern,“ schrieb er 1867, „auch denke ich, daß wir Deutschland, wenn wir die eine Hand freihalten, bessere Dienste leisten können als durch einen freiwilligen Verzicht auf jede künftige Äußerung selbständigen Willens.“ Auf diesem Standpunkt blieb er auch der Zweiten Kammer gegenüber, in der es wider alles Erwarten einmal einen Mehrheitsbeschluß für den Beitritt zum Bunde gab, auch seinem Gesandten Hofmann in Berlin gegenüber, der auf die Unhaltbarkeit der Doppelstellung Hessens in seinen Berichten hinwies. Der Minister verschanzte sich hinter die Behauptung, daß man mit einem Antrag auf Eintritt in den Nordbund der preußischen Regierung äußere Schwierigkeiten bereite, und als Bismarck dem ausdrücklich widersprach, wies er auf die finanziellen Lasten hin, die schon der Eintritt Oberhessens und die Militärkonvention mit sich brachten und die sich beim Eintritt Südhessens noch steigern müßten. Dieser Hinweis auf den Geldbeutel verfing in den weitesten Kreisen Hessens, der demokratische Weizen blühte, der Einfluß der Nationalliberalen sank. Der Partikularismus erhob von neuem sein Haupt. Es half nichts, daß der Gesandte Hofmann dagegen arbeitete; selbst die Autorität des Thronfolgers Prinzen Ludwig, der nach 1866 alsbald in preußenfreundliche Bahnen einlenkte und damals die hessische Truppendivision kommandierte, vermochte sich nicht durchzusetzen. Das gefährliche Wort „Lieber französisch als preußisch“ tauchte auf und fand keinen entschiedenen Widerspruch. In ihm ist auch die

Richtung ausgesprochen, in der Dalwigt zu einer Garantie für die Selbständigkeit Hessens zu kommen hoffte.

Schon seit dem Frühjahr 1867 suchte er bei Frankreich zu sondieren, wie weit man dort Anlehnung finden könne. Da nach seiner Meinung eine kriegerische Auseinandersetzung Frankreichs mit Preußen doch nicht ausbleiben konnte, so ging sein Plan auf ein Vorgehen Österreichs in Gemeinschaft mit Frankreich, jedoch unter „Schonung des deutschen Nationalgefühls in bezug auf das linke Rheinufer“; hierdurch werde Preußen aus seiner Siegerstellung in Deutschland geworfen und die süddeutschen Staaten von dem preußischen Druck befreit. In diesem Sinne verhandelte er mit den diplomatischen Vertretern Frankreichs am Darmstädter Hofe. Ja, er ging bereits 1867 so weit, daß er Frankreich anbot, wenn es um einen Kriegsvorwand verlegen sei und der Eintritt Südhessens in den Nordbund einen solchen abgeben könne, so werde er diesen Eintritt sofort erklären. Weitere Gelegenheit, den Plan zu betreiben, bot ihm eine Reise nach Paris im Herbst 1867; er traf dort mit seinem Freund, dem österreichischen Kanzler Beust, zusammen und besprach sich mit dem französischen Minister des Auswärtigen Marquis de Moustier; auch in persönlichen Audienzen beim Kaiser und der Kaiserin trug er seine Auffassung von einer positiven französischen Politik vor. Dalwigt machte in Paris nicht den Eindruck, den er erhofft hatte. Frankreich war zwar erfreut, einen so energischen Parteigänger in Süddeutschland zu haben, versprach sich aber von einer Aktion Hessens allein nicht viel. Eher wäre etwas auszurichten gewesen, wenn ein deutscher Südbund zustande kam; ein solcher Plan wurde auch beraten, scheiterte jedoch.

Trotz der nicht gerade ermutigenden Aufnahme, die der hessische Minister bei den maßgebenden Instanzen Frankreichs gefunden hatte, scheint er sich je länger je mehr in den Gedanken eingelebt zu haben, daß allein von Frankreich seinem Staate Rettung kommen könne. So verstehen wir es, daß er im Oktober 1868 in Straßburg beim General Ducrot erschien und — wie Götz sich ausdrückt — „bei Frankreich um den Krieg gegen Preußen bettelte“. Bei diesem hervorragenden Militär konnte er Verständnis erwarten, da Ducrot ohnehin der Meinung war, Frankreich müsse Preußen demütigen, bevor es sich noch durch Süddeutschland verstärkt habe. Dalwigt glaubte ihm vorstellen zu können, daß die allgemeine Lage in Europa einem Schlage gegen Preußen günstig sei, daß die süddeutschen Staaten sich im Falle eines Konflikts zunächst abwartend verhalten würden; nach einem französischen Erfolg, so ließ er durchblicken, würden sie, Sachsen und Österreich sich wohl zugunsten Frankreichs entscheiden. Auch jetzt erbot sich der Hesse, für einen Kriegsvorwand zu sorgen; falls die luxemburgische Frage nicht ausreiche, würde die staatsrechtliche Doppelstellung von Mainz und Rastatt heranzuziehen sein. Ducrot sollte ihm ermöglichen, sein Anliegen dem Kaiser Napoleon nochmals unmittelbar vorzutragen. General Frossard übernahm die Vermittlung, aber die Audienz kam nicht zustande.

Immerhin schien der Fall interessant genug, sich damit weiter zu befassen, und man bevollmächtigte Ducrot, in einer geheimen Unterredung mit dem Großherzog Ludwig dem Dritten dessen Ansichten zu erforschen. Der Fürst empfing den General in größter Heimlichkeit auf einem Landhaus in der Nähe Darmstadts und sprach sich noch unverhüllter aus als sein Minister\*). Aus seinen Worten sprach ein schwerer Haß gegen Preußen, dessen Wappen sogar am Darmstädter Postamt sein Auge beleidigte; er ging so weit, sich zur Abtretung seines linken Rheinufers bereit zu erklären, falls man ihm aus badischem Gebiete eine Entschädigung zusichere. Lebhaft malte er dem Gaste aus, wie Preußen im Kriegsfall die hessischen Truppen, die nicht mehr die seinen seien, entfernen werde. Er selbst aber werde die Franzosen inmitten seines Volkes erwarten und er rechne darauf, daß Frankreich die Treue der Hessen in den Zeiten des Rheinbundes nicht vergessen habe. Der Kaiser müsse nur mit entschiedener Offensive das rechte Rheinufer betreten, dann seien alle süddeutschen Staaten gewonnen. „Zögert ihr, so seid ihr verloren, dann fallt ihr unvermeidlich vor unserer Übermacht.“ Auch diese Offenherzigkeiten blieben ohne Wirkung; Napoleon wollte jetzt keinen Krieg und war anscheinend bereit, Preußen in Süddeutschland freie Hand zu geben, um dafür anderswo Kompensationen zu suchen, etwa in Belgien\*\*).

Hessens Europapolitik hatte keinen Erfolg; auch der Versuch Dalwigks, durch Aufhebung Rußlands gegen Preußen eine Art Einkreisung des verhassten Gegners zu erzielen\*\*\*), führte zu nichts. Die Machtlosigkeit des kleinstaatlichen Ministers greift zur Intrigue und sieht nicht, daß die großen Mächte, auch Österreich, sich nicht ohne weiteres vor den hessischen Wagen spannen lassen.

So kam das entscheidende Jahr 1870 heran. Ohne Einfluß auf die Haltung Hessens blieb der Besuch, den der Großherzog im Frühjahr dem Berliner Hofe abstattete. Wie weit Hessen in die vom Erzherzog Albrecht betriebenen österreichisch-französischen Annäherungsverhandlungen eingeweiht war, wissen wir heute noch nicht. Die öffentliche Aufmerksamkeit auf Hessens absonderliche Stellung wurde jedenfalls wachgehalten, da der Abgeordnete Hans Blum im Norddeutschen Reichstag scharfe Angriffe gegen Dalwigks Regierung richtete und darauf hinwies, daß bei einem etwaigen Kriege die hessischen

\*) Der Inhalt beider Unterredungen ist seit 1895 veröffentlicht: *La vie militaire du général Ducrot d'après sa correspondance*, Band II, Paris 1895. An der Glaubwürdigkeit des Generals zu zweifeln ist kein Anlaß.

\*\*) Dies die Auffassung Hans Delbrücks, vergleiche dessen Buch „Bismarcks Erbe“ (1916) Seite 48 f.

\*\*\*) Dalwigk hatte mit Ducrot die europäische Situation unter diesem Gesichtspunkt besprochen und war zu dem Schluß gekommen: „Avec un peu d'habileté et de fermeté, la France peut reconstituer à son profit, contre la Prusse, la coalition de l'Europe qui s'était formée contre vous en 1814 et 1815“. Dem Zaren hatte er vorgestellt, Deutschland unter Preußens Führung werde die Ostseeprovinzen von Rußland zurückverlangen. Ducrot, Band II, Seite 278, 282.

Truppen in den Konflikt zwischen der Treue zum Landesherrn und dem Gehorsam gegen den Bundesfeldherrn geraten mußten.

Die Ereignisse des Juli 1870 weckten in Hessen auch bei den Gegnern Preußens das nationale Gefühl. Die Lage der hessischen Regierung wurde auf das äußerste beengt. Dalwigk mußte wohl oder übel den Vertrag mit Preußen erfüllen; noch zögerte er. Aber schon wendete sich die öffentliche Meinung gegen ihn. Eine öffentliche Versammlung in Darmstadt sollte auf Abberufung des hessischen Gesandten in Paris drängen, nötigenfalls den Sturz des Ministeriums Dalwigk fordern. Obgleich dieses Programm rechtzeitig in das einer nationalen Kundgebung geändert wurde, verbot der zuständige Regierungsbeamte die Versammlung — wie behauptet wurde, auf Betreiben des trotz der Mobilmachung noch anwesenden französischen Gesandten — und war ungeschickt genug, seine Anordnung damit zu begründen, daß die Franzosen schon in Freiburg ständen und jeder gegen sie aufreizende Beschluß der Stadt Darmstadt Schaden müsse, wenn sie siegreich dahin vorrückten. Aber jetzt, wo es „um Hals und Kragen ging“, ließ Bismarck keinen Zweifel mehr darüber, daß er Quertreibereien im Augenblicke des Kriegsausbruches nötigenfalls mit militärischen Mitteln verhindern werde. Der hessische Gesandte in Berlin, den Ernst der Lage fühlend, glaubte Dalwigk den Rat geben zu müssen, nicht nur die hessische Politik in korrekte Bahnen zu leiten, sondern auch persönlich seinen Frieden mit dem Kanzler zu machen. Es war umsonst; umsonst auch die drängende Bitte des Thronfolgers an den regierenden Oheim, er möge Dalwigk entlassen; die hessische Division, die Prinz Ludwig kommandierte, war — auch das eine Folgerung aus der hessischen Politik — von den übrigen süddeutschen Truppen getrennt und einer rein norddeutschen Armee zugeteilt worden.

Die stille Hoffnung Dalwigks, daß ein rascher französischer Vorstoß den süddeutschen Staaten freie Hand geben, Österreich zum Eingreifen bringen werde, erfüllte sich nicht. Mit schwerem Herzen entschloß er sich, an den Verhandlungen über den Beitritt des Südens zum Norddeutschen Bunde sich zu beteiligen. Bismarck zeigte ihm unverhohlen seine Abneigung; zu den sonstigen Gründen war ein neuer getreten: unter den erbeuteten Papieren des Ministers Rouher hatte sich auch ein Dalwigk kompromittierender Bericht des französischen Gesandten in Darmstadt befunden, durch den Bismarck vollen Einblick in die Beziehungen Dalwigks zu Frankreich gewann \*). Am 15. November unterzeichnete der hessische Minister den Eintritt seines Staates in den erweiterten Bund.

Das Schicksal des deutschen Volkes war über Dalwigk weggegangen. Der Minister hat es dennoch nicht verstanden, sich zur Niederlegung seines Amtes zu entschließen. Nun das Opfer gebracht war, meinte er durch Opposition im

\*) Bergleiche Deutsche Revue 1912, Band III, Seite 345, 347.

kleinen den Gegner noch verwunden zu können. Eine Versöhnung zwischen dem Vertreter des siegenden und dem des überwundenen Prinzips war unmöglich. Mit großer Wut fiel die nationalliberale Presse über Dalwigk her, und schwerwiegende, offenbar inspirierte Artikel der angesehensten Zeitschriften schlossen sich an, so in den Grenzboten und den Preussischen Jahrbüchern. Die letzteren brachten eine scharfe Kritik seiner ganzen Ministertätigkeit und schlossen mit der Frage, ob „ein solcher Mangel politischen Anstandes und Ehrgefühls auch jetzt noch, im neuen Deutschland, ungestraft zur Schau getragen werden darf“. Der Artikel der Grenzboten (1871, Band I, Seite 322 ff.) aber, aus dem Hauptquartier zu Versailles stammend und, wie der Herausgeber später andeutete, von Bismarck selbst entworfen\*), ist in der Tonart womöglich noch schärfer. Er zieht — unter dem Vorgeben, die Ansicht eines Hesses zu enthalten — aus einer knappen Zusammenfassung von Dalwigks Regierungshandlungen die Forderung, daß der Minister und der Leiter des Justizwesens, Frand, der als Mittelpunkt aller antipreußischen Wünsche bezeichnet wird, gehen müssen, „da die Pflichten der Ehre und des Gewissens gewöhnlicher Sterblicher für diese Männer zu freiwilligem Rücktritt nicht ausreichen. Pflicht der gesamten nationalen Presse ist es, die Beseitigung dieses Ministers und seines Anhangs als caeterum censeo fort und fort zu verlangen.“ Gerade dieser Artikel, von der gesamten offiziellen Presse aufgenommen, hat Dalwigks Stellung auf das schwerste erschüttert. Während er sonst Presseangriffe durch Artikel seines Regierungsorgans zu parieren pflegte, ging er gegen den Grenzbotenherausgeber gerichtlich vor.

Immerhin wäre bei der zähen Haltung des Ministers noch ein Verbleiben im Amte für einige Zeit möglich gewesen, wenn nicht Bismarck, der einen solchen Mitarbeiter im neuen Reiche unmöglich brauchen konnte, nun zum letzten Mittel gegriffen hätte. Er benutzte die Anwesenheit des Großherzogs in Berlin, um von ihm die Beseitigung des Mißliebigen als eines Hindernisses für das gegenseitige Vertrauen der Regierungen zu verlangen. Am 6. April 1871 wurde Dalwigk in höchsten Gnaden entlassen. Die hessische Regierung lenkte von nun an zwar noch nicht in liberale, aber doch in durchaus reichsfreundliche Bahnen ein. —

Dalwigks Auftreten bietet bei aller Peinlichkeit für unser Gefühl doch in seinem Festhalten an dem für recht Angesehenen das Bild einer großen Konsequenz. Die süddeutschen Politiker der sechziger Jahre waren alle vor die Frage gestellt, ob sie umlernen oder von dem Schauplatz abtreten wollten. Dalwigk hat beides bewußt abgelehnt. Er hat den deutschen Partikularismus in die Reichseinheit hineingetragen. Sein Fall war notwendig, aber er entbehrt nicht der Tragik, wenn wir ihn als den letzten Vertreter eines Prinzips

\*) Hans Blum, Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck, 3. Auflage (1900), Seite 106.

ansehen, das für Hessen sechzig Jahre früher das richtige Prinzip gewesen war. Alte Rheinbundstraditionen ragten, verkörpert im Prinzen Emil, noch in seine Amtszeit als Minister hinein. Wer möchte ihn unbedingt verdammen, wenn er, den Gang des nationalen Gedankens verkennend, seinen Staat durch die Fährlichkeiten der Zeit mit Mitteln durchzusteuern versuchte, die damals Hessen vor dem Untergang gerettet hatten? Nur daß er sich nicht aus der Konsequenz der Lage den Zeitpunkt des Rücktritts selbst zu setzen wußte, raubt dem Ende seiner Laufbahn jede Sympathie.

Jederzeit hat Dalwigk seine deutsche Gesinnung betont, ja er hat sie schließlich seinem Hofmann gegenüber durch Mitteilung poetischer Jugendergüsse zu erweisen gesucht, weil er fühlte, daß zwischen seinen Zielen und dem Ziel, das die nationale Gegenwart erstrebt und verwirklicht hatte, ein gar zu schreiender Gegensatz bestand. Gewiß, er war ein Großdeutscher in seiner Anlehnung an Österreich, aber er war es doch weniger aus nationalem Empfinden als in der Voraussicht, daß unter Österreichs Schutz und Frankreichs Garantie die Selbständigkeit seines kleinen Staates, deren Bewahrung ihm zum Lebenszweck geworden war, am sichersten vor jener Einbuße bewahrt werden würde, die er in der Einfügung in das kleindeutsche Reich herannahen sah. Wieviel größer die andere Einbuße gewesen wäre, die ein französisch-österreichischer Sieg mit sich gebracht hätte, das sah er nicht oder wollte er nicht sehen.

Großdeutsche Ideen liegen uns heute wieder näher als in früheren Jahrzehnten. Hier und da ertönt der Ruf nach einer neuen und vollständigeren Lösung der deutschen Frage. Man mag ihn begrüßen oder davor warnen, sicher ist, daß das Großdeutschtum unserer Tage nichts mehr mit dem Partikularismus zu tun haben kann, mit dem es damals in ein Bündnis gedrängt war. Ein Großdeutschtum, wie es der hessische Minister vertrat, ein Großdeutschtum auf Kosten der nationalen Geschlossenheit ist heute nicht mehr möglich. Dalwigk und seine Ideale sind tot.

